

ihre eigene Wohlfahrt wie für die ihrer Religion, Familie und des Vaterlandes zu arbeiten, so dürfen sie es nicht an der tatkräftigen Unterstützung der kath. Presse fehlen lassen, um so den Sieg über die Feinde des konfessionellen Friedens und der sozialen Reformen vorbereiten zu helfen. Es ist notwendig, hierin weit größere Opfer zu bringen, als bisher gebracht wurden. Diese Opfer aber werden nicht nur vom Klerus, von Lehrern, von gebildeten und reichen Katholiken erheischt, sondern von jedem einzelnen Manne, dem seine Religion und sein Vaterland lieb sind.

Man spricht so oft von einer neuen Macht, die aufsteht, uns zu bedrohen. In der katholischen Jugend, besonders den Studierenden, haben wir sächsischen Katholiken eine neue Macht, aber keine solche, die uns bedroht, sondern eine solche, die mit uns zum Kampfe sich heranzubilden für die idealen Güter. Bei der Unterstützung unserer „Sächsischen Volkszeitung“ brauchen wir die Unterstützung der Jugend. Was gilt nicht das Wort eines jungen, liebenswürdigen Mannes, wenn er sich einsetzt für die Empfehlung einer Sache, die ihm am Herzen liegt; was gilt es nicht in den Familien, was gilt es nicht bei seinen Freunden! Der katholischen Jugend sei daher die Agitation für unsere katholische Zeitung warm aus Herz gelegt!

Nicht zuletzt ist unsere Zeitung auf die Unterstützung der christlichen Frau angewiesen. Groß ist ihr Einfluß zu Hause; wir wissen es alle, wach eine Macht das milde und doch so starke Wort einer Mutter in der Familie hat. Und wenn die Frau nun eindringen sieht in den Kreis ihrer Familie die Mut einer Literatur, welche ihre Töchter verdirbt, welche ihrem Manne den Glauben aus dem Herzen reißen will, welche das Heilige verspottet, das ihr teuer ist, soll sie da ruhig zusehen können? Es ist nicht möglich, so lange sie das moralische Pflichtgefühl im Herzen trägt. Eine „Heilsarmee“ mögen daher die katholischen Frauen Sachsens bilden zum Kampfe gegen die schlechte Presse und zur Unterstützung der „Sächsischen Volkszeitung“.

Die Katholiken Sachsens haben noch lange nicht jenes Zusammengehörigkeitsgefühl, mit dem andere Parteien vorantreten; es müßte sonst das eben zitierte Wort Mirabreus in glänzender Weise zur Tat werden. Mit welcher schönen Begeisterung ging unter gegenwärtiger heiliger Vater als Patriarch von Venedig voraus! Wir wollen die bekannte Tatsache noch einmal kurz in Erinnerung bringen. Das gut geleitete katholische Blatt „La Difesa“ schwebte in Gefahr, einzugehen. „Für mich, den Bischof dieser Diözese“, rief Kardinal Sarzo auf einer Diözesanversammlung aus, „wäre es sehr betrübend, wenn dies während meiner Regierung geschehen sollte. Aber das soll unter keinen Umständen geschehen. Ich hoffe, daß die Katholiken von Venedig ihre Zeitung nicht fallen lassen werden, die gut geschrieben und besonders in der Verteidigung der Kirche sehr gewandt ist. Ich werde keine Opfer scheuen, um die „Difesa“ zu halten. Wenn es nötig sein sollte, werde ich zu diesem Zwecke meine Ringe, mein Brustkreuz, selbst meinen Kardinalshabit hergeben, denn ich will durchaus, daß die Zeitung weiter existiere.“ So sprach der einstige Kardinal-Patriarch von Venedig, der jetzige Papst Pius X., und dieses Wort verdient einen mächtigen Nachklang in den Herzen der sächsischen Katholiken.

Dazu gehört vor allem das Bewußtsein der moralischen Pflicht. Auf der Kölner Katholikenversammlung im vorigen Jahre sprach Herr Venning folgende drastische Worte: „Nimmer gibt es auch heute noch in Deutschland Katholiken, bei denen die Weinkleider aus der „Köln. Zeitung“, die Wüste aus der „Jugend“ oder dem „Simplissimus“, der Rot aus einem farblosen Blatte besteht.“ Wir wollen die Anwendung auf unsere sächsische Presse nicht machen. Aber Katholiken, die so handeln, sind sich ihrer Pflicht nicht bewußt, die sie gegen sich, ihre Familie und das Vaterland haben.

Die Generalversammlung des „Katholischen Pressevereins“, welche am Feste der Unbefleckten Empfängnis nachmittags 5 Uhr im Viktorienhaus tagen wird, gab uns Veranlassung, diese Erinnerung an die moralische Pflicht der sächsischen Katholiken ihrer Presse gegenüber zu machen. In der Diaspora ist die Pflicht noch größer. Hier darf sich kein katholischer Mann von derselben ausschließen. Die „Sächs. Volkszeitg.“ arbeitet für die Wohlfahrt des Einzelnen, wie der Gesamtheit; der Einzelne hat sich mit den Gesinnungsgenossen zusammenzuschließen, um der Presse ihre Arbeit zu ermöglichen, sie tatkräftig zu unterstützen. Die Ehre der sächsischen Katholiken ist dabei engagiert. Ein Mangel an Pflichtgefühl ist es, wenn sich ein Katholik noch länger davon ausschließen wollte. Vereinte Kraft vermag Großes zu schaffen! Wo dieser Zusammenschluß aber fehlt, erlahmt die Kraft der Wenigen nur allzu leicht, welche in der Hoffnung auf die allseitige Unterstützung sich bisher selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat. — Katholiken, tretet daher dem katholischen Presseverein bei! W.

Deutscher Reichstag.

a. Berlin, 109. Sitzung am 6. Dezember 1904.

Abg. Frhr. v. Richthofen (kon.): Neue Steuerentwürfe müssen eröfnet werden; wir prüfen jede Vorlage eingehend. Unsere Sache aber kann es nicht sein, positive Vorschläge zu machen; das Reichsfinanzamt hat die Vorarbeiten schon den Schleier etwas lüften. Sie steht es mit der Reform der Zuckersteuer? Wir hoffen, daß die Handelsverträge unsere Zustimmung finden können. Für die Anstiedler in Südwestsafrika muß mehr gesehen als im Sommer. Die Ausgestaltung unserer Kolonialabteilung zu einem selbständigen Reichsamt hat unsere Sympathie. — Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) entgegnet: In dessen Gesellschaft scheine Deutsche und Fremde vorüberzulaufen, nicht aber in der bürgerlichen Gesellschaft. Der Etat für 1906 muß uns erschrecken. 200 Millionen neue Anleihen! Neue Steuern muß die Regierung vorschlagen! Die heutigen Steuern bleiben nicht viel hinter 20 Proz. zurück. Aber trotz der traurigen Finanzlage müssen wir die nötigen Aufwendungen für die Vaterlandsverteidigung machen. Eine starke Vermehrung der Unteroffiziere ist geboten. Der Militärvorlage stehen wir durchaus freundlich gegenüber. Die Restlegung der zweijährigen Dienstzeit begrüßen wir, wenn auch praktisch an dieser nicht mehr zu ändern ist. — Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Volksp.): Graf Bülow hat Behel recht weitgehend beantwortet. Wenn der Kaiser in Breslau gesagt hat: „Schickt mir den Mann aus der Werkstatt in den Reichstag.“ Ja, wie soll er denn hier auf dem teueren Hofe leben? Wann endlich soll der Reichstag wählen erhalten? Deutsch-Südwestsafrika ist unser Schmerzenskind; der neue Etat hierfür war schon antiquiert, als er vorlag! (Sehr richtig!) Wir können diese Kolonie doch nicht mit preussischen Militärs beglücken. Wie will man auf diesem riesigen Gebiete die

Entwaffnung durchführen? Redner spricht sich gegen die Militärvorlage aus. Frankreich kann seine Kruppenstärke nicht mehr erhöhen. Die neue Waffenlieferung lehnen wir nicht ab, falls der Nachweis geliefert wird, daß die neuen Waffen den alten erheblich überlegen sind; aber desto mehr muß an der Präzisionsleistung gearbeitet werden. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Die Militärabteilung sollte nach der Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten bemessen werden. Eine Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer greift zu tief in die Finanzen der Einzelstaaten ein; auch eine Reichs-Erbsteuer hat ihre Nachteile. Gätten wir das Reichs-Eisenbahnsystem, dann würde die Finanznot beseitigt sein. Man könnte auf Eisen und Kohlen eine Steuer einführen, wenn man sagt, daß das Steuerfeld abgegrast sei. Die kleinen Mühlen sind durch eine Reichs-Umsatzsteuer zu schlingen. Ich möchte warnen, vor einem solchen Vorgehen der Sozialreform! Behel spricht gar nicht für den Reichstag, sondern für die Wähler draußen, die nicht alle werden. (Heiterkeit) Ich sehe unsere Finanzen nicht für so schlimm an. Warten wir doch die Wirkung des neuen Postgesetzes ab. Unsere auswärtige Politik ist eine sehr gute, daran wünsche ich gar keine Aenderung.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (W. Ver.): Zukunftsfragen bringen nicht viel. Aber ernstlich muß man an die Wehrsteuer denken! Das würde namentlich die Judenchaft betreffen, da sie vom Militär frei machen könnte. Daß sie dies gern tut, zeigt die Massenflucht der polnischen Juden, um nicht in den russisch-japanischen Krieg ziehen zu müssen. Der Höhepunkt der Wehrsteuerentwürfe war wohl, als er vorschlug, den Infanteriehauptleuten die Pferde zu nehmen. Ich möchte wirklich Direktor sein. (Große Heiterkeit!) Um August auf dem Steppenfeld herumreiten und von der Kavallerie attackiert werden zu lassen. Ich würde für eine allgemeine zweijährige Dienstzeit sein und die Einjährigen ganz abschaffen. Mit der Kritik über Südwestsafrika müssen wir so lange zurückhalten, bis kein deutsches Blut mehr dafelbst fließt. Wenn der Reichskanzler meint, es sei nichts auffallendes, wenn der Bundesrat Diktien ablehne, der Reichstag lehne auch Vorlagen des Bundesrats ab, gut, dann kann man auch den Gehalt des Reichstanzlers einmal ablehnen, nach dem Rezept: Danks Du meinen Rothschild, hau' ich Deinen Rothschild! (Große Heiterkeit.) Graf Bülow hat gerade den ungeeignetsten englischen Journalisten Beauford empfangen. Wir England können wir kein freundschaftliches Verhältnis führen; wir können den Goldkrieg im Süden Afrikas nicht vergeßen! Ich erhielt erst dieser Tage aus Pretoria eine Karte mit dem Inhalt:

Der Buren, der lebt jetzt in dem Jelt,
Der Engländer beherrscht die Welt;
Der Kuli strömt in Massen ein.

Der Jude steht den Bortell ein! (Große Heiterkeit.)

Am Schluß polemisiert er gegen Behels Aufhebung gegen Rußland. Auch unter den Sozialdemokraten gibt es all die Unzulänglichkeiten, die Behel uns vorwirft; man findet unter ihnen den Kowal, den Ausbeuter, den Beten usw. Und wenn Sie dann noch der bürgerlichen Gesellschaft Heuchelei vorwerfen, dann trifft für sie auch ein Wort des Heilandes zu: „Ihr Otterngesicht!“ (Lebhaftes Bravo!)

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Dampfer „Valatia“ von der Hamburg-Amerika-Linie ist mit 48 Offizieren, 539 Unteroffizieren und Mannschaften sowie 996 Pferden heute nachmittags 3 Uhr nach Deutsch-Südwestsafrika abgegangen. Der Kommandierende General des 9. Armeekorps von Wolf und Bolach verabschiedete die Truppen in der üblichen Weise und brachte ein dreifaches Hoch auf Sr. Majestät dem Kaiser aus.

Der von der Wermaun-Linie geharterte Dampfer „Rostok“ wird morgen mit 14 000 Zentner Hafer als Bourage für die in Deutsch-Südwestsafrika befindlichen Pferde der Schutztruppen nach Swakopmund abgehen.

Die Zuckersteuer ist im Reichshaushaltsetat für 1905 mit 130 000 000 Mark veranschlagt worden. Im Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr hatte die Regierung ursprünglich 105 322 000 Mark eingelegt, der Reichstag hatte diesen Betrag aber um 10 000 000 Mark erhöht.

Die Hibernia-Vorlage ist in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses mit 14 gegen 2 Stimmen angenommen worden. Der rüde Ton in den sozialdemokratischen Blättern steht bis jetzt unerreicht da. Alle anderen Zeitungen sind Weisensknaben dagegen. Hier eine Musterleistung hiervon, welche von Fr. Mehring geleistet, die „Leipz. Volksztg.“ zum besten gibt: „Die konservativen Wegelagerer, die Zentrumsräuber, die nationalliberalen Jesuiten und, als der oberste Philister, Eugen Richter, fielen wie eine Horde Krippenreiter über die ahnungslose Minderheit her, der Hauptmann der Bande, der parlamentarische Stroch von Nordorff, machte den Regisseur, der Reichsgerichtsrat Spahn illustrierte die deutsche Klassenjustiz in Vermanenz durch einen niederträchtigen Staatsstreich, und der beschäftigungslose Advokat und Streber Wassermann gab zum ersten Male in seinem Leben einen juristischen Kommentar. Es ist heute überflüssig, an die schamlose Vubenstücke, an die infame Affenbosheit dieses parlamentarischen Gefindels zu erinnern, das damals wie eine Sauherde über die Geschäftsordnung und Verfassung hereinbrach und niedertrampelte, was ihm im Wege war. Jetzt hat sie samt der glorreichen Regierung, die am 13. Dezember zu dem Staatsstreich des Protowunders ihren Segen gab, ihr Geschick erreicht: Graf Posadowsky kehrt mit herabhängenden Ohren zu seinem Chef zurück, der jetzt ganz der Gefangene der Karrieren ist: ein Bild hoffnungsloser Unfähigkeit und jämmerlicher Ohnmacht. Der Held vom 13. Dezember 1902!“ Da haben die bürgerlichen Blätter doch ihren Meister gefunden; sie werden auch auf jede Konkurrenz verzichten. Selbst der „Verl. Volksztg.“ geht diese Schmiererei in dem Organ ihres früheren Chefredakteurs zu weit. Sie schreibt: „Graf Bülow ist durch diese ordinäre Schimpfleistung von sozialdemokratischer Seite hundertfach übertrumpft. Und das will der bürgerlichen Presse Moral predigen!“

Der Vierte preussische Städtetag wurde am 6. d. M. in Berlin vom Oberbürgermeister Kirchner mit einem Kaiserhuld eröffnet. Er bemerkte dabei: „Ich weiß aus des Kaisers eigenem Munde, daß er die Selbstverwaltung und insbesondere die Arbeit der Männer im Ehrenamte an der Selbstverwaltung hochschätzt.“ Der erste Verhandlungsgangstand ist die Revision des Fluchtlinien-Gesetzes. Nach dem Referate der Oberbürgermeister Dr. Wilm-Böfen und Dr. Oehler-Salberstadt stimmte der Städtetag ohne Diskussion einstimmig der prinzipiellen Forderung zu, daß das Fluchtliniengesetz einer Revision unterzogen werde. Darauf wurde das Thema: „Das Recht der Städte an ihren Schulen“ behandelt. Erster Referent war Stadtrat Dr.

Ribe-Breslau. Er ging davon aus, daß die Schule zwar eine Veranstaltung des Staates, aber daß sie nicht eine Anstalt des Staates sei. Dadurch, daß sich die Aufsicht des Staates über die Schulen in eine Leitung der Schulen durch den Staat verwandelt habe, seien die Städte in eine Zwangslage versetzt worden, die im Gesetz keine Begründung finde. Das einzige Gesetz, das klare Grundzüge über das Volksschulwesen enthalte, sei das Allgemeine Landrecht. Nach diesem sei das Schulwesen eine Aufgabe der Gemeinden. Der Befehl der besten Schulen sei auch ein Verdienst der Städte. Nachdem diese Ansicht allgemeine Annahme gefunden hatte, wurde der erste Verhandlungstag geschlossen.

Ueber die „National-Zeitung“ berichtet die „Magdeburger Zeitung: „Eine Versteigerung von Aktien der Aktien-gesellschaft National-Zeitung fand heute statt. Es wurde erzielt für 43 Aktien à 1000 Mark Nominalbetrag zusammen 55 Mark, für 60 Vorzugsaktien à 1000 Mark zusammen 15 Mark. (1) Wie verlautet, sind übrigens in Fraktionsfreien Verhandlungen im Gange, um die „National-Zeitung“ als Berliner nationalliberales Parteiorgan zu erhalten.“

Ein katholischer Pfarrer an Bord der aktiven Schlachtflotte. An Bord der aktiven Schlachtflotte waren bisher 2 evangelische Pfarrer kommandiert, und zwar Marine-Oberpfarrer Heim für das 1. Geschwader an Bord der „Mittelschiff“ und Marinepfarrer Kramer für das 2. Geschwader an Bord von „Kaiser Friedrich III.“ Jetzt werden nun auch die katholischen Mannschaften der aktiven Schlachtflotte einen Seelsorger haben; die Marineverwaltung hat den Pfarrer Frauter auf ein Linienschiff kommandiert. Damit ist ein alter Wunsch der Zentrumsfraktion erfüllt; es hat sich gezeigt, daß die Schwierigkeiten überwunden werden können, wenn man nur ernstlich will.

Die Zukunft des Klosters Lebnin. Das alte Ritter- und Klostergut Lebnin ist seinerzeit dem Holzhändler Saran von zwei Potsdamer Industriellen abgekauft worden. Seitdem wurde es bis auf das Stammgut mit seinen historischen Bauwerken, die man nicht der Zerstörung preisgeben wollte, veräußert. Jetzt hat der Restteil in dem Bankier Max Abel aus Berlin seinen Käufer gefunden. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, das Grundstück dem Kaiser zur Verfügung zu stellen. Der Monarch ist bereits Besitzer des angrenzenden „Königshauses“. Für die zahlreichen Katholiken der Umgebung des Klosters wird in Lebnin eine Kirche zur Unbefleckten Empfängnis erstellt, wofür das katholische Pfarramt zu Brandenburg Gaben entgegennimmt. Das Cisterzienserkloster Lebnin genößt einstens sehr großen Ruhm.

Dem „Reichsboten“ wird von dem „Leipz. R. Nachrichten“ folgendes Qualifikationszeugnis ausgestellt: Im höchsten Grade kindlich ist es allerdings, wenn auch bei dieser Gelegenheit ein Teil der deutschen Presse, so z. B. der „Reichsbote“, wieder auf dem Stucksei herumbrütet, das die Dresdner „Nachr.“ vor reichlich einem halben Jahre der Presse ins Netz legte: dem Wortlaut der Rede des Kaisers an Bischof Benzler. Daß damals eine große Anzahl von Blättern auf die Sache hereinfiel, war wenigstens begreiflich. Wenn aber auch heute, wo von dem Dresdner Blatt die angebliche Rede schon selbst seit langem als Myifikation anerkannt ist, einzelne Blätter sie noch immer als Tatsache behandeln, so bedeutet das zum mindesten eine redaktionelle Inqualifikation oder gar bösen Willen. In Ehren des „Reichsboten“ wollen wir bei ihm das Letztere annehmen. Was er allerdings damit erreichen will, ist uns nicht klar.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt am Freitag eine Ausschusssitzung in Berlin ab. Der Bericht hierüber enthält folgende Stellen: „Eine Aufforderung des Flottenvereins, sich an einer großen Demonstration für eine Vermehrung unserer Kriegsflotte zu beteiligen, hat das Direktorium abgelehnt, nachdem man sich an maßgebender Stelle vergewissert habe, daß keine Absicht besteht, eine solche Vorlage zu machen.“ Dieses Verbalten ist sehr interessant, prinzipiell hat der Zentralverband die Agitation nicht abgelehnt. Vielleicht tut er das, wenn er die heutigen Ausführungen des Abg. Dr. Spahn im Reichstage erfahren hat. Auch der „Vorwärts“ wird nun befriedigt sein, er stellte am Sonnabend die Forderung auf: „Endlich müssen die Begüterten für die Würde des Reiches nach ihren Kräften ein wenig beitragen. Sie müssen aus dem Reichtum beisteuern, um die Finanznot des Reiches zu mildern und zu beseitigen. Hier ist ihnen die wunderbarste Gelegenheit gegeben, ihren Vaterlandseifer zu betätigen. Und wer wollte zweifeln, daß die verzweifelte Klage des Schatzsekretärs v. Stengel nun sofort eine große Bewegung unter den Wohlhabenden und Vermögenden erregen wird? Sicherlich wird man sich nun überstürzen, dem Reiche zu geben, dessen es so dringlich bedarf, des Reiches Würde zu retten! Des Reiches Würde ist in die Hand der besitzenden Massen gegeben. Es wird ihnen ein Leichtes sein, sie zu bewahren durch eine gebührende Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen und Erbschaften.“ Leider hat das sozialdemokratische Blatt eine noch viel wirksamere Reichssteuer verfaßt; warum sollte man nicht an eine Reichsumsatzsteuer für alle Großbetriebe denken? Eine solche müßte Millionen abwerfen und würde nur die Begüterten treffen, sie würde auch einem Wunsche des Mittelstandes entsprechen. Alle Geschäfte in Industrie und Handel, die einen höheren Jahresumsatz als 100 000 oder 200 000 Mark — die Grenze kann man setzen wie man will — haben, werden mit einer Reichsumsatzsteuer belegt, die mit geringen Sätzen anfängt und gleichlaufend mit der Höhe des Umsatzes steigt. So werden die riesigen Aktiengesellschaften und Trusts, die Warenhäuser und Kohlenbergwerke, also lauter leistungsfähige Kreise, herangezogen. Dann wird die Flotten- und Kolonialbegeisterung gar bald abnehmen. Dem Mittelstand in Gewerbe und Handel ist hiermit auch geholfen. Gerade das unlautere Prinzip der Warenhäuser mit den Lockbügeln wird hier im Kern getroffen und das Großkapital wird sich hüten, neue Warenhäuser zu erstellen. Das Reich braucht dringend mehr Geld; das kann niemand in Abrede ziehen; gut, hier ist der Weg gezeigt, wo es sich solches holen kann!

Oesterreich-Ungarn.

Bei der Einweihung der neuen deutschen akademischen Lesehalle in Prag ist es wieder zu argen Zusammen-